



# Informationen Nr.6 /2011

**Verband kirchlicher Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter Bayern**

Hooverstr. 3\* 86156 Augsburg \* Tel. 0821/54015-580\* Fax: 0821/54015-582  
info@vkm-bayern.de

---

Falls Sie diesen Newsletter bzw. das vkm-Info nicht mehr erhalten wollen, können Sie sich auf der homepage [www.vkm-bayern.de](http://www.vkm-bayern.de) bzw. auf der oben benannten mail-Adresse wieder abmelden

- **Japan: EKD Ratsvorsitzender ruft zum Gebet auf**
- **Datenschutz: Umgang mit Bordcomputern, Ortungssystemen und Smartphones**
- **Diakonie fordert bessere Förderung von Langzeitarbeitslosen**
- **Berufsgenossenschaft: Gesunde Bildschirmarbeit – eine Frage der Einstellung**
- **Landesbischof: Christliche Unternehmer müssen ihre Gehälter rechtfertigen können...**
- **Familiennetzwerk fordert mehr Elternzeit**

## **Katastrophe in Japan:**

### **EKD-Ratsvorsitzender ruft zum Gebet auf und kritisiert Nutzung der Kernkraft**

Angesichts der Erdbeben- und Tsunami-Katastrophe in Japan und der Situation in den dortigen Kernkraftwerken hat der EKD-Ratsvorsitzende, Präses Nikolaus Schneider, die Menschen in Deutschland zu anhaltendem Gebet aufgerufen. In einer Predigt am Sonntag kritisierte Schneider den Einsatz von Atomtechnik als „nicht menschengerecht“. Die Menschen hätten sich daran angewöhnt, mit Technik umzugehen, die „weder einen menschliche Fehler noch irgendwelche außergewöhnlichen Einflüsse von außen“ verzeihe. Zur Geschöpflichkeit des Menschen gehöre aber nun mal, „dass wir Wesen sind, die Fehler machen“. Menschen seien außerstande „für absolute Sicherheit zu sorgen“. Bereits im November 2010 hatte die EKD-Synode einen Umstieg auf erneuerbare Energieträger und den Verzicht auf die „Brückentechnologie Kernkraft“ gefordert. Weitere Informationen unter [www.elkb.de](http://www.elkb.de)

## **Hilfsorganisationen rufen zu Spenden auf**

Diakonie Katastrophenhilfe:

Konto 502 707, Postbank Stuttgart, BLZ 600 100 70 oder online:  
[www.diakonie-katastrophenhilfe.de](http://www.diakonie-katastrophenhilfe.de)

## **Datenschutz: Umgang mit Bordcomputern, Ortungssystemen und Smartphones**

(Quelle: Böckler-Stiftung) Immer mehr Beschäftigte in Handel und Logistikunternehmen, im Außendienst oder in der Pflege werden über Funkortungssysteme an ihrem Aufenthaltsort lokalisiert. Viele Mitarbeiter in Servicefunktionen werden zusätzlich über Bordcomputer und Smartphones steuer- und überwachbar. Die beweglichen Minicomputer unterliegen nicht den Bestimmungen der Bildschirmarbeitsplatzverordnung. Die betroffenen Mitarbeiter gelten auch nicht als Beschäftigte im Sinne der Bildschirmarbeitsplatzverordnung. Sie fallen somit nicht unter die Schutzbestimmungen dieser gesetzlichen Regelung.

Selbst der Gesetzgeber sieht inzwischen Handlungsbedarf, um Ortungssysteme im Arbeitsleben unter Gesichtspunkten des Arbeitnehmerdatenschutzes zu regulieren. Die Deutsche Gesetzliche Unfallversicherung (DGUV) sieht Handlungsbedarf hinsichtlich der Ausweitung des Geltungsbereiches der Bildschirmarbeitsplatzverordnung auf die neuen Minicomputer im Arbeitsleben. Zur Gestaltung von und Arbeit an Bordcomputern haben jüngst Unfallversicherungsträger Richtlinien vorgelegt (BGI/GUV-I 8696).

Wichtig ist daher die Regulierung des Einsatzes dieser Minicomputer im Arbeitsleben durch Betriebs- und Dienstvereinbarungen. Die Arbeit mit Minicomputern muss nicht nur unter ergonomischen Gesichtspunkten gestaltet werden. Auch die Kontrolle bzw. mögliche Kontrollier- und Fernsteuerbarkeit müssen unter Gesichtspunkten des Persönlichkeitsschutzes reguliert werden. Schulungen im Umgang mit den neuen Systemen, Rationalisierungsschutz etc. sollten und können über betriebliche Vereinbarungen austariert werden.

Mehr Informationen zu dem Thema finden Sie unter [http://www.boeckler.de/73692\\_111919.html](http://www.boeckler.de/73692_111919.html)

Das Thema **Datenschutz** nimmt der vkm-Bayern in seinem **Seminar „Datenschutz in der Kirche“** am 03. Mai in Nürnberg, Haus Eckstein, auf. Näheres dazu auf unserer home page [www.vkm-bayern.de](http://www.vkm-bayern.de)

Referent ist Herr Jürgen Huget, Datenschutzbeauftragter der Westfälischen Landeskirche. Das Seminar richtet sich an alle kirchlichen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, sowie auch an Mitarbeitervertretungen.

## **Diakonie fordert bessere Förderung von Langzeitarbeitslosen**

(Quelle: DW.EKD) Die Diakonie kritisiert, dass die Förderung von Langzeitarbeitslosen immer noch ein Stiefkind der Sozialpolitik ist. "Wir können nicht erkennen, dass in den letzten Jahren hier ein wirklicher sozialpolitischer Schwerpunkt gesetzt wurde", sagt Diakonie-Präsident Johannes Stockmeier am Donnerstag in Berlin.

Erwerbslosigkeit sei das größte soziale Armuts- und Ausgrenzungsrisiko. "Keine Gesellschaft kann es sich leisten, eine wachsende Zahl von Menschen auszugrenzen und zurückzulassen, ohne insgesamt dabei Schaden zu nehmen", hebt Stockmeier im Rahmen einer Diskussionsveranstaltung zur Arbeitsmarktpolitik hervor. "Arbeit ist noch immer der zentrale Integrationsmotor in der Gesellschaft. Daher sind wir alle verpflichtet, Menschen, die ohne Job ausgegrenzt sind, über die Teilhabe an Arbeit wieder in die Gesellschaft herein zu holen."

Es sei nur schwer verständlich, warum die Förderung von Langzeitarbeitslosen in Deutschland immer wieder von der Kassenlage abhänge und von Unterstellungen und Missbrauchsvermutungen begleitet werde. "Mehrere hunderttausend Menschen sind seit der Einführung von Hartz-IV ohne Aussicht auf einen regulären Arbeitsplatz. Kein Mensch will in Hartz IV bleiben, jeder Erwerbssuchende will arbeiten. Deshalb brauchen wir den Ausbau öffentlich geförderter Beschäftigung, die den Menschen existenzsichernde und sozialversicherungspflichtige Arbeitsverhältnisse bietet", betont Stockmeier.

Die Diakonie und ihre Träger engagieren sich schon lange in der Förderung von Beschäftigung. Die erste "Neue Arbeit" als Beschäftigungs- und Qualifizierungseinrichtung für Arbeitslose wurde Ende der siebziger Jahre gegründet.

Die arbeitsmarktpolitischen Vorschläge der Diakonie finden sich in dem Positionspapier "Gerechte Teilhabe an Arbeit. Diakonische Position zur aktuellen Arbeitsmarktpolitik" unter <http://www.diakonie.de/diakonie-texte-1519-12-2010-gerechte-teilhabe-an-arbeit-7524.htm>

### **Berufsgenossenschaft: Gesunde Bildschirmarbeit – eine Frage der Einstellung**

Haben Sie Probleme mit Nacken- und Schulterverspannungen nach langer PC-Arbeit? Ist die lange Zeit die Ursache für die Schmerzen? Oft liegt es am falsch aufgestellten Computerbildschirm. Darauf weist die Verwaltungs-Berufsgenossenschaft (VBG) hin.

Ein zu hoch aufgestellter Bildschirm – auf dem Desktoprechner, auf Büchern oder Kopierpapier – führt zu einer ständig leicht nach oben gerichteten Kopfhaltung. Dies kann zu Verspannungen im Schulter-Nacken-Bereich oder zu Kopfschmerzen führen.

Faustregel: Den Bildschirm nicht erhöht, sondern direkt auf dem Tisch aufstellen, damit die oberste Zeile des Bildschirms nicht über die Augenhöhe liegt. Dies fördert eine entspannte Kopfhaltung, so als ob ein Buch oder eine Zeitung gelesen wird. Nach Aussage der VBG tritt damit auch ein weiterer positiver Effekt ein: Die Sehleistung der Augen ist in dieser Stellung am größten.

Wer mehr über gesunde Büroarbeitsplätze wissen möchte, dem bietet die VBG spezielle Informationen in sogenannten INFO-MAPs:

INFO-MAP Büroräume planen

INFO-MAP Die Qual der Wahl – wie beschaffe ich den passenden Stuhl?

INFO-MAP Selbstmanagement im Büro

INFO-MAP Software richtig einstellen. Alle Informationsbroschüren können bei der VBG unter <http://www.vbg.de>, Rubrik „Downloads und Medien“ kostenlos als PDF-Dateien heruntergeladen werden.

### **Landesbischof Friedrich: Manager müssen ihre Gehälter rechtfertigen können Christlicher Unternehmerkongress in Nürnberg**

Nürnberg (epd). In einem Gottesdienst zur Eröffnung des Kongresses christlicher Führungskräfte in Nürnberg hat der bayerische evangelische Landesbischof angemessene Löhne für Mitarbeiter angemahnt. Hohe Managergehälter sind nach seiner Ansicht nur dann gerechtfertigt, wenn auch die Mitarbeiter angemessen entlohnt werden. "Spitzengehälter von Managern müssen vor den Beziehern der niedrigsten Löhne im Unternehmen gerechtfertigt werden", sagte Friedrich in seiner Predigt laut einer Pressemitteilung der Landeskirche.

Nur bei angemessenen Löhnen und sicheren Arbeitsplätzen seien auch hohe Managereinkommen akzeptabel, andernfalls werde es etwa beim Abbau von Arbeitsplätzen

"ethisch problematisch". Christliche Unternehmer müssten im Blick behalten, welche Auswirkungen ihre Entscheidungen für die Gesellschaft haben, sagte der Bischof weiter.

Der Kongress christlicher Führungskräfte mit mehr als 3.000 Teilnehmer aus ganz Deutschland steht unter dem Thema "Mit Werten in Führung gehen". Gesellschaftliche Verantwortung von Unternehmen, christliche Führungsprinzipien und Ausgleich zwischen Arbeit und Leben sind laut Veranstalter einige der Themen, die in über 60 Seminaren behandelt werden. Als Redner wird unter anderem auch Bundesverteidigungsminister Karl-Theodor zu Guttenberg (CSU) erwartet. Von Donnerstag bis Samstag werden zudem mehr als 250 Aussteller in das Congress Center Nürnberg kommen.

Der Kongress wird von der Akademie "Tempus" und der Evangelischen Nachrichtenagentur "idea" (Wetzlar) organisiert. An den Planungen sind auch die bayerische Landeskirche und berufsständische Organisationen wie der Arbeitskreis Evangelischer Unternehmer und der Bund Katholischer Unternehmer beteiligt. Der Kongress findet zum siebten Mal statt. (0362b/23.02.2011)



### **Familiennetzwerk fordert mehr Elternzeit**

Nürnberg (epd). Die Kinderärztin und Vorsitzende des Familiennetzwerks Deutschland, Maria Steuer, hat Politik und Wirtschaft dazu aufgefordert, Eltern mehr Zeit mit ihren Kindern zu ermöglichen. Kinder, die in den ersten Jahren ausreichend Liebe und Zuwendung durch Vater und Mutter erhielten, neigten weniger zu Gewalt, liefen nicht Amok und gerieten seltener auf die schiefe Bahn, sagte Steuer beim Kongress christlicher Führungskräfte in Nürnberg.

Die Politik müsse endlich anfangen, die Bedürfnisse der Kinder in den Mittelpunkt zu stellen. Die Hirnforschung habe gezeigt, dass Mutter und Vater nicht durch außerhäusliche Betreuung ersetzbar seien, sagte Steuer. Studien, wie Kinder über die Doppelerwerbstätigkeit ihrer Eltern denken, würden häufig falsch interpretiert. Bei genauer Analyse zeigten die Zahlen, dass Kinder glücklicher sind, je verlässlicher ihre Eltern Zeit für sie haben.

Die Vizepräsidentin für Zentral- und Osteuropa des Sportartikelherstellers "Nike", Michaela Stitz, forderte dagegen, verschiedene Lebensmodelle von Frauen zu akzeptieren. Dazu gehöre auch die außerhäusliche Betreuung von Kindern. Wenn sie als Managerin für mehrere Jahre für die Betreuung von Kindern ausstiege, hätte sie in ihrem Job keine Chance mehr.

Die Publizistin Gabriele Kuby ging scharf mit der Familienpolitik der Bundesregierung ins Gericht. Der Gedanke, Frauen in die Produktion zu schicken und ihre Kinder dem Staat zu übergeben, habe seinen Ursprung bei dem Marxisten Friedrich Engels. Diese Politik werde heute von einer C-Partei gefördert.

Nach Kubys Ansicht wird der im Grundgesetz verankerte besondere Schutz für Ehen und Familien in der Politik nicht mehr gewährleistet. Die Publizistin forderte ein Familienwahlrecht, um das politische Gewicht von Eltern mit Kindern im Parlament zu verstärken.

Der frühere Generalsekretär des Christlichen Vereins Junger Menschen (CVJM) in Deutschland, Pfarrer Ulrich Parzany, sprach sich gegen eine Privatisierung des Christentums aus. Nur wenn der Glauben an die Öffentlichkeit gehe, könne er auch positiv eine Gesellschaft gestalten. Christen sollten der modernen Anbetung von Erfolg und Sex die Botschaft der Bibel entgegenstellen. (0397/25.02.2011)

+++

**Der vkm-Bayern unterstützt und informiert SIE, zum Beispiel**

- durch diesen Newsletter,
- durch die Beratung von Mitarbeitervertretungen.

**Der vkm-Bayern vertritt IHRE Interessen, zum Beispiel**

- durch die Mitgliedschaft in der Arbeitsrechtlichen Kommission Bayern
- durch individuelle Rechtsberatung und Rechtsschutz
- durch Wahrung der Dienstnehmerrechte in Kirche und Diakonie

Unterstützen SIE die Arbeit des vkm-Bayern und werden Sie Mitglied. Weitere Informationen und den Aufnahmeantrag erhalten Sie über die

Geschäftsstelle [info@vkm-bayern.de](mailto:info@vkm-bayern.de)

**Der Newsletter wird herausgegeben vom:**

**Verband kirchlicher Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter Bayern**

Hooverstr. 3  
86156 Augsburg  
Tel.-Nr. (0821) 540 15 580  
Fax-Nr. (0821) 54015 582  
mail: [info@vkm-bayern.de](mailto:info@vkm-bayern.de)  
home page [www.vkm-bayern.de](http://www.vkm-bayern.de)

"Gemäß Telemediengesetz (TMG) sind wir ausschließlich nur für die eigenen Inhalte verantwortlich. Für Links auf fremde Inhalte dritter Anbieter sind wir gemäß TMG nur verantwortlich, wenn wir von einem rechtswidrigen oder strafbaren Gehalt positive Kenntnis haben und es technisch möglich und zumutbar ist, deren Nutzung zu verhindern. Auch sind wir nicht verpflichtet, in periodischen Abständen den Inhalt von Angeboten Dritter auf deren Rechtswidrigkeit oder Strafbarkeit zu überprüfen. Sobald wir von dem rechtswidrigen Inhalt der Web-Seiten Dritter erfahren, wird der entsprechende Link von unserer Seite entfernt. Weiterhin möchten wir ausdrücklich betonen, dass wir keinerlei Einfluss auf die Gestaltung und die Inhalte der gelinkten Seiten haben. Deshalb distanzieren wir uns hiermit ausdrücklich von allen Inhalten aller gelinkten Seiten auf der gesamten Website inkl. aller Unterseiten. Diese Erklärung gilt für alle auf der Homepage ausgebrachten Links und für alle Inhalte der Seiten, zu denen Links oder Banner führen. Sollten Inhalte dieser Internetangebote gegen geltendes Urheberrecht oder das Markengesetz verstoßen, werden diese auf Hinweis schnellstmöglich entfernt."